

Redebeitrag Conne Island / 25.11. Ni una menos / 3. Fassung 20.11.

Gewalt gegen Frauen ist alltägliche Realität, und es gibt keine Räume, die davon ausgenommen sind. Gewalt gegen Frauen ist der Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisses, das (bewusst oder unbewusst) in alle Bereiche des Lebens Einfluss hat.

Im Conne Island haben wir den Anspruch an uns selbst und an unsere Gäste, dieses Gewaltverhältnis zu hinterfragen und dem aktiv entgegenzutreten. Doch immer wieder wird uns auf erschreckende Weise vor Augen geführt, dass auch linke Kontexte, die sich gern als aufgeklärt und antisexistisch verstehen, keine vor frauenverachtenden Einstellungen und Handlungen geschützte Räume sind.

Das Ziel unserer Bemühungen lässt sich so zusammenfassen: Die Emanzipation der Frau aus dem Objektstatus. Frauen werden auf verschiedene Arten zum Objekt gemacht: Durch anzügliche Blicke und Hinterherrufen auf der Straße. Wenn ihr Nein übergangen wird. Wenn sie statt in einer Beziehung auf Augenhöhe als Besitz des Mannes, als Objekt gilt, auf das der Mann ein Recht hat und über das er entscheiden kann. Die Werkzeuge der Objektifizierung sind allgegenwärtig: in den Rollenbildern, denen Frauen als Mütter, Arbeitnehmerinnen, Partygäste, Partnerinnen entsprechen sollen, in der Popkultur durch Songtexte, Schönheitsideale und Flirtcodes, in der gläsernen Decke, durch Lohnunterschiede und in dem, was Frauen von der Gesellschaft zugetraut wird.

Alltäglicher Sexismus normalisiert die Vorstellung, dass Frauen Objekte sind, über die man verfügen darf. Ob verbale Belästigungen, das Festhalten an längst überkommenen Geschlechterklischees, tätliche Übergriffe, Vergewaltigung bis hin zu Mordversuchen und Morden – immer geht es um die Demonstration und die Ausübung von Macht. Im letzten Winter wurde eine Frau während eines Konzertes im Conne Island vergewaltigt. An diesem Abend wurde die Frau von dem Täter zum Objekt gemacht, ihr Wille zählte nicht.

Die Vergewaltigung im Conne Island wurde am selben Abend zur polizeilichen Anzeige gebracht. Im Spätsommer diesen Jahres wurde die Vergewaltigung vor Gericht verhandelt. Doch auch damit hatte die Objektifizierung der Frau kein Ende: Die Berichterstattung über die Prozesstage in der Leipziger Volkszeitung war zutiefst voyeuristisch und sensationsheischend. Wir sind wütend darüber, dass auch in der öffentlichen Berichterstattung Empathie und Solidarität mit der Betroffenen völlig fehlen. Das angebliche öffentliche Interesse an den Details der Tat steht für die LVZ scheinbar über der Intimsphäre der Frau, die durch die Vergewaltigung gewaltvoll in die Rolle des Opfers gedrängt wurde.

Der Redakteur drängt die Betroffene mit seiner voyeuristischen Berichterstattung nun erneut in diese Rolle. Zudem relativierte er die Verantwortung des Täters. Berichterstattungen wie diese entstehen in einem gesellschaftlichen Klima, das Gewalt an Frauen täglich hervorbringt und legitimiert, und tragen weiter zur Reproduktion und Verfestigung dieses Klimas bei.

Wir fordern, dass bei der Berichterstattung nicht das Outfit der Betroffenen hinterfragt wird, sondern, warum der Täter den entgegengesetzten Willen der Betroffenen nicht sehen wollte. Eine kritische Berichterstattung zu Gewalt an Frauen würde helfen, das strukturelle Problem in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Medien haben dabei die große Verantwortung, abzuwägen, wie und mit welchen Informationen ein Thema präsentiert wird.

Das Urteil fiel trotz der teilweisen Reform des Strafparagraphen erneut milde für den Täter aus: Eine Bewährungsstrafe trotz Schuldspruch. Dieses Urteil ist beispielhaft für viele Vergewaltigungsprozesse. Die Beweggründe des Täters stehen oft mehr im Fokus als die Konsequenzen für das Leben der Betroffenen. Die Handlung des Täters wird oft relativiert und durch Alkoholkonsum, durch eine schwierige Kindheit, durch eine angebliche „Provokation“ der Frau scheinbar legitimiert. Uns ist wichtig, zu betonen: Es gibt keine Entschuldigung für Gewalt an Frauen.

In Veranstaltungsräumen, die für alle Menschen gleichsam ohne Angst vor Gewalt zugänglich sein sollen, braucht es beständige Auseinandersetzung mit und die Vermittlung von den Wirkungsweisen

Gesellschaftlicher Machtverhältnisse: Durch Türansprachen, durch Ansprechpersonen am Abend, durch sichere Veranstaltungskonzepte, durch größtmögliche Offenheit für Kritik und Selbstreflexion. Die Ansprüche an sich selbst zu formulieren, ist dabei oft leichter, als eine konkrete Umsetzung zu finden.

Am Ende des Kampfes steht der Universalismus: dass Ideale, Rechte und Pflichten für alle Menschen gleich gelten. Das ist erst möglich, wenn alle Menschen handlungsfähige Subjekte sein können. Die Emanzipation von Frauen aus dem Objektstatus in die Handlungsfähigkeit, ist dafür unabdingbar. In der Betroffenenarbeit sollte deshalb die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit an erster Stelle stehen. Frauen, die gewaltsam in die Rolle des Opfers getrieben wurden, sollte jede Hilfe an die Hand gegeben werden, im Umgang mit körperlichen und seelischen Verletzungen selbstbestimmt handeln zu können. Für diesen Kampf brauchen wir Verbündete. Frauen, die sich gegenseitig unterstützen. Männer als Verbündete, die bereit sind, die strukturellen Machtverhältnisse als Teil der männlichen Identität zu begreifen und zu reflektieren. Wir brauchen Institutionen, die strukturelle Gewalt an Frauen problematisieren und verunmöglichen. Dafür braucht es finanzielle Mittel für Bildungsangebote zur Gewaltprävention, für Schutzstrukturen wie Frauenhäuser, für Beratungsangebote und Anlaufstellen.

Keine Frau hat sich diesen Kampf ausgesucht, wir sind gezwungen, uns damit auseinanderzusetzen. Sexismus und Gewalt gegen Frauen als physisch-gewaltvolle Ausprägung dessen zieht sich durch die ganze Gesellschaft. Deshalb geht es auch jede und jeden Einzelnen etwas an.